



Weißbuch zur Zukunft der EU

Fünf Szenarien sollen Debatte über die Entwicklung der EU in den nächsten Jahren anstoßen

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am 01.03.2017 in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Brüssel das „Weißbuch zur Zukunft der EU“ vorgestellt. Das Weißbuch steht im Kontext des 60. Jubiläums der Römischen Verträge und dem Gipfeltreffen am 25.03.2017 in Rom. Es fußt auf der Überlegung, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU nunmehr seit sieben Jahrzehnten in Frieden und Freiheit leben und die Chancen in einem der weltweit wohlhabendsten Wirtschaftsräume nutzen können. Zum 60. Jahrestag gelte es, eine Vision für ein geeintes Europa der 27 zu entwickeln, so Kommissionspräsident Juncker im Parlament.

In dem Weißbuch der Kommission werden daher verschiedene Wege skizziert und die Möglichkeiten dargelegt, wie Europa sich in

Ein Frieden, der jetzt bereits



den nächsten zehn Jahren verändern könnte. Viele der tiefgreifenden Veränderungen, die Europa derzeit durchläuft, seien unvermeidlich und unumkehrbar. Andere seien schwieriger vorherzusehen und werden unerwartet eintreten. Europa könne sich nicht von diesen Ereignissen treiben lassen, sondern müsse sie zu gestalten versuchen.

Das Weißbuch beschreibt fünf Szenarien, die verschiedene Möglichkeiten abdecken und jeweils einen Ausblick geben, wo die Europäische Union im Jahr 2025 stehen könnte. Sie sind weder erschöpfend noch schließen sie sich gegenseitig aus. Sie sollen dazu beitragen, eine Debatte über die Zukunft Europa zu strukturieren. Ausgangspunkt für jedes Szenario ist allerdings, dass die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam als Union

voranschreiten. Rechtliche und institutionelle Prozesse werden bewusst ausgespart.

Szenario 1: Weiter so wie bisher

Die EU der 27 hält an ihrem bisherigen Kurs fest und konzentriert sich auf die Umsetzung und Aktualisierung ihrer bisherigen Reformagenda, entsprechend den politischen Leitlinien der Kommission „Ein neuer Start für Europa“ aus 2014 und der Erklärung von Bratislava vom 16.09.2016. Die Prioritäten werden regelmäßig aktualisiert, neu auftretende Probleme angegangen und entsprechende Rechtsvorschriften ausgearbeitet. Das Tempo der Beschlussfassung hängt davon ab, wie schnell Differenzen ausgeräumt werden können. Bestehende Rechtsvorschriften werden regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft.

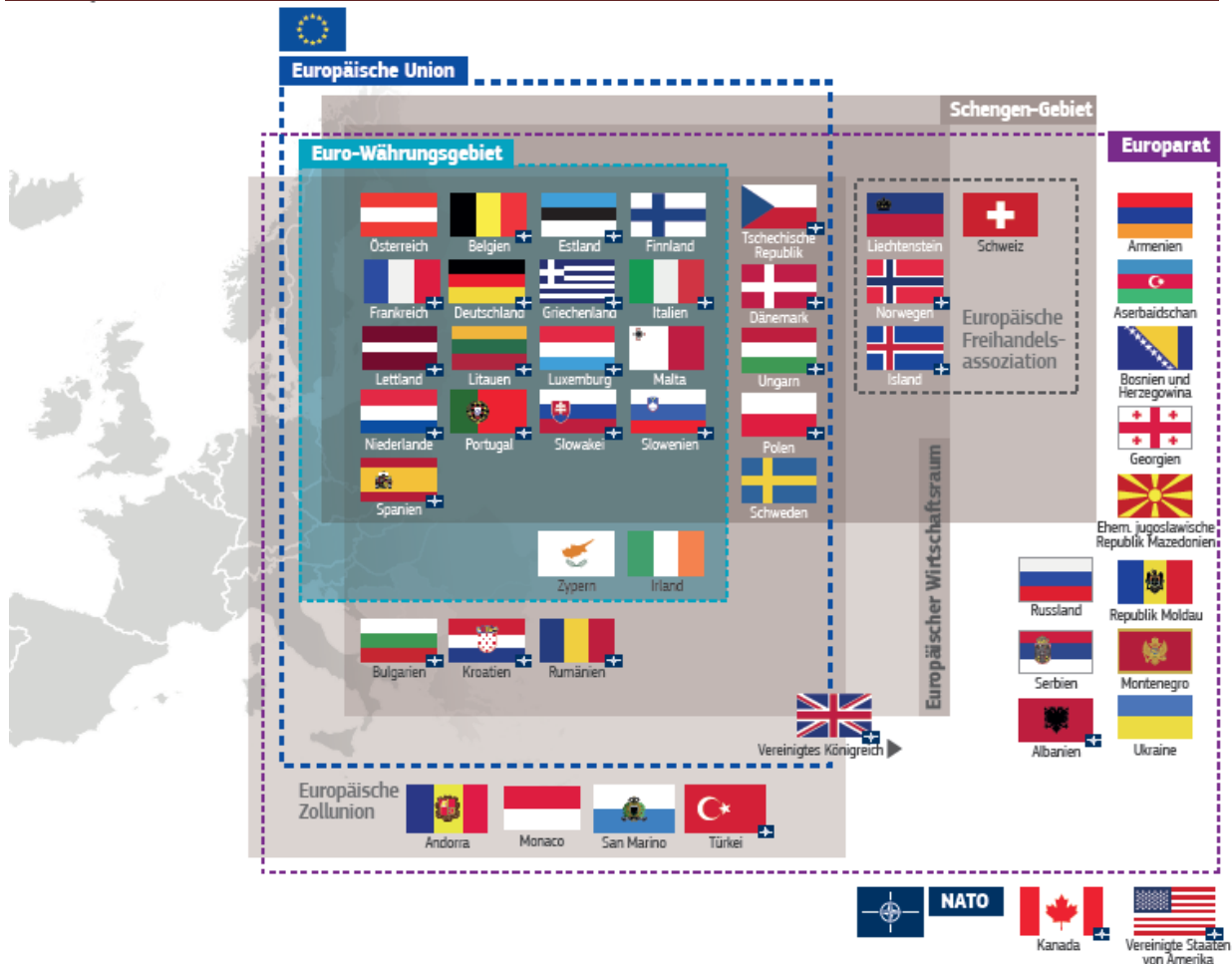
Das Szenario führt weiterhin zu konkreten Ergebnissen auf der Grundlage gemeinsamer Zielvorstellungen. Bei ernsthaften Differenzen könnte jedoch die Einheit der 27 erneut auf die Probe gestellt werden. Die Kluft zwischen Versprechungen und den Erwartungen der Bürger kann jedoch nur schrittweise geschlossen werden.

Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt

Die EU der 27 richtet ihr Augenmerk zunehmend auf die Vertiefung bestimmter zentraler Aspekte des Binnenmarkts. In Bereichen wie Migration, Sicherheit oder Verteidigung gibt es hingegen keine stärkere Zusammenarbeit. Neu auftretende Herausforderungen werden bilateral angegangen. Die Regelungslast wird deutlich verringert.

Die Entscheidungsfindung wird dadurch leichter verständlich. Die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln wird aber begrenzt. Bei Themen, die nicht den Binnenmarkt betreffen, müssen (bilaterale) Einzelfalllösungen gefunden werden. Dadurch könnten die aus dem Unionsrecht abzuleitenden Bürgerrechte mittelfristig Einschränkungen erfahren.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr

Die EU der 27 macht weiter wie bisher. Einige Mitgliedstaaten können sich jedoch als „Koalition der Willigen“ zusammenschließen, die in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten, z.B. im Bereich Verteidigung, innere Sicherheit, Steuern oder Soziales. Hierzu werden spezifische Rechts- und Finanzregelungen vereinbart, in der Rechte und Pflichten präzisiert werden. Wie im Falle des Schengen-Raums oder der Eurozone kann eine solche Zusammenarbeit auf dem bestehenden Rahmen aufbauen. Der Status der übrigen Mitgliedstaaten bleibt gewahrt. Sie können sich der engeren Zusammenarbeit im Laufe der Zeit anschließen.

Bei diesem Szenario bleibt die Einheit gewahrt. Gleichzeitig bleiben Fortschritte für die Mitgliedstaaten möglich, die mehr wollen. Die aus dem Unionsrecht abzuleitenden Bürgerrechte werden sich mittelfristig danach unterscheiden, ob die Rechte in einem

Mitgliedstaat mit oder ohne engere Zusammenarbeit geltend gemacht werden.

Szenario 4: Weniger, aber effizienter

Die Union konzentriert sich darauf, in ausgewählten Politikbereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, unternimmt in anderen Bereichen aber weniger. Durch eine stärkere Fokussierung der vorhandenen Ressourcen auf prioritäre Themen kann die Union viel schneller und entschiedener handeln. Mit wirksamen Instrumenten können Entscheidungen besser um- und durchgesetzt werden. In anderen Bereichen ist die EU nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang tätig.

Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten trägt dazu bei, dass die EU-Bürger besser verstehen, was aus nationaler und regionaler Ebene geregelt wird. Auf diese Weise kann die Kluft zwischen Versprechungen und Ergebnissen geschlossen werden. Allerdings wird der Union der 27 schon die Einigung darüber, welche Bereiche vorrangig sein sollen



DER WEISSBUCH-PROZESS von Rom bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019



und in welchen mehr oder weniger getan werden soll, schwer fallen.

Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln

Die EU beschließt, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen. Dies beruht auf dem Einvernehmen, dass weder die Union in

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



der bisherigen Form noch die Mitgliedstaaten alleine ausreichend in der Lage sind, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Daher sind Machtbefugnisse und Ressourcen noch stärker zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Die Mitgliedstaaten arbeiten auf allen Gebieten enger zusammen als je zuvor. Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen und rasch umgesetzt. Auf diese Weise genießen die EU-Bürger mehr Rechte, die sich direkt aus dem Unionsrecht ableiten lassen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich Teile der Gesellschaft von der EU mit der Begründung abwenden, es fehle der Union als Legitimität.

Die Debatte um die im Weißbuch vorgestellten Möglichkeiten soll zum einen im Rahmen der anstehenden Gipfeltreffen, also auf dem Europäischen Rat am 09./10.03.2017 sowie auf dem Gipfel in Rom am 25.03.2017. Gleichzeitig wird die Kommission eine Reihe von Diskussionsrunden zur Zukunft Europas in den Städten und Regionen der Mitgliedstaaten veranstalten, um die Perspektiven der Zivilgesellschaft einbeziehen zu können. Bis zur Rede des Kommissionspräsidenten Juncker zur Lage der Nation im September 2017 sollen diese Ideen weiterentwickelt werden. Im Dezember 2017 sollen dann erste Schlussfolgerungen gezogen werden, um noch rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2019 das weitere Vorgehen abzustimmen.

Parallel wird die Kommission weitere Diskussionspapiere vorlegen, welche die Bereiche der sozialen Dimension Europas, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Chancen der Globalisierung, der europäischen Verteidigung und der Zukunft der EU-Finzen betreffen.

Weiterführende Informationen:

Weißbuch zur Zukunft der EU (de)
<http://europa.eu/rapid/attachment/IP-17-385/de/Weissbuch%20zur%20Zukunft%20Europas.pdf>

Pressemitteilung der Kommission (de)
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-385_de.htm

Pressemitteilung des EP mit Redebeiträgen (de)

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170228IPR64287/f%C3%BCnf-szenarien-zur-zukunft-der-eu-debatte-zum-wei%C3%9Fbuch-der-kommission>

Erklärung von Bratislava (de)

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/09/16-bratislava-declaration-and-roadmap/>